



nts im Grossen Rat für eine Erhöhung des Asylgeldes um  
Bild: Sandra Ardizzone

## Ratsnachrichten

### Maya Bally tritt zurück, Alex Reimann neu im Rat

**Wechsel** Seit der Wahl von Marianne Binder (Mitte) in den Ständerat ist klar, dass ihre Parteikollegin Maya Bally in den Nationalrat nachrutscht. Gestern Dienstag sass Bally zum letzten Mal im Kantonsparlament, nach zehn Jahren gab sie ihren Rücktritt aus dem Kantonsparlament bekannt. Neu in Pflicht genommen wurde Alex Reimann – der SVP-Vertreter aus Wölflinswil ersetzt Christoph Riner, der in den Nationalrat gewählt wurde. (fh)

### Statistikgesetz wurde deutlich gutgeheissen

**Beschluss** Der Grosse Rat hat das Statistikgesetz in zweiter Beratung mit 103 zu 31 Stimmen definitiv genehmigt. Die Gegenstimmen kamen aus der SVP-Fraktion, vor der Abstimmung wurde lang darüber diskutiert, welche statistischen Daten die Gerichte herausgeben müssen. Der zuständige Regierungsrat Markus Dieth sagte, mit dem Gesetz schaffe man eine Rechtsgrundlage, die trotz der langen Tradition von Statistik Aargau fehle. Das Bedürfnis nach statistischen Daten und die Unabhängigkeit der Gerichte würden dabei berücksichtigt. (fh)

## Energiegesetz nimmt mit Ach und Krach die erste Hürde

Eva Berger

Gegen Ende reichte es FDP-Fraktionschef Silvan Hilfiker. Seit zwei Stunden lief die Debatte zum Energiegesetz, eben hatte der Grosse Rat die Änderungs- und Prüfungsanträge beraten und Ratspräsident Lukas Pfisterer wollte abstimmen lassen. Da meldete sich Ralf Bucher (Mitte) mit einem Rückkommensantrag. Er hatte bei einem Paragraphen falsch abgestimmt, die Fraktion war ihm gefolgt. Man möge die Abstimmung wiederholen.

Das wollte Hilfiker nicht. Die ganze Diskussion wirke wie in einer Kommissionssitzung, meinte er: «Was denken die Leute draussen, wie wir hier arbeiten?» Dabei habe der Grosse Rat eines der wichtigsten Gesetze überhaupt zu beraten, etwas Ernsthaftigkeit wäre angebracht. Die Mehrheit des Rats stimmte Buchers Antrag trotzdem zu.

### Widerstand von rechts und links: SVP und Grüne lehnten ab

Wirklich zufrieden mit dem Vorschlag des Regierungsrats zum Energiegesetz schien indes niemand. Die SVP-Fraktion sowie Teile der Grünen lehnten die Vorlage ab. «Mit diesem Gesetz werden wir die Ziele, die wir uns selber gesteckt haben, nicht erreichen», sagte für die Grünen Jonas Fricker. Er kritisierte Energiedirektor Stephan Attiger. Dieser orientiere sich an Hauseigentümerverband und FDP, also an jenen, die glauben, der Markt und Freiwilligkeit könnten das Klimaproblem lösen.

«Aus Sicht der Grünen ist diese Haltung verantwortungslos», so Fricker. Demgegenüber fordere seine Partei unter anderem eine Heizungsersatzpflicht, eine Solarpflicht, konkrete und ambitionierte Klimaziele im Energiegesetz und Anlagen zur CO<sub>2</sub>-Speicherung. All dies ist im neuen Energiegesetz nicht vorgesehen, der SVP geht dieses trotzdem zu weit. Dass keine

Eigenstrompflicht vorgesehen ist, werde begrüsst, sagte Daniel Notter für die Fraktion. Aber der Verbannung von Öl und Gas als Energieträger stehe man skeptisch gegenüber, neuen Verboten und mehr Bürokratie sowieso.

Anders die Mitte. Sie habe lieber ein schlankes Energiegesetz als gar keines, sagte Ralf Bucher. Dennoch müsse man den Heizungsersatz etwas konkreter formulieren. Die Mitte schlug das «Basler Modell» vor: Eine neue Heizung muss mit erneuerbaren Energien betrieben werden können. Gleichzeitig gibt es eine Härtefallregelung, wo dies nicht möglich sei. Etwa bei Sanierungen in Altstädten.

Überflüssige Regulierungen lehne die FDP ab, stellte Adrian Meier klar. Kritisch sind die Freisinnigen auch überall dort, wo Unternehmen in die Pflicht genommen werden, in der Gebäudeautomation und der Betriebsoptimierung etwa. Eine Härtefallklausel aber unterstützt die FDP. Dass eine solche zur Anwendung kommt, wenn der Staat kostenpflichtige Vorschriften erlässt, sei das Mindeste.

### Attiger spricht von möglichst mehrheitsfähigem Gesetz

Es sei ein Fakt, dass die Bevölkerung 2020 bereits ein Energiegesetz abgelehnt habe, sagte Energiedirektor Stephan Attiger. Er bat um Vernunft und Annahme. Man sei für ein möglichst mehrheitsfähiges Gesetz über die Bücher gegangen. Zwar sei jetzt keine Pflicht für einen Heizungsersatz vorgesehen, aber immerhin, dass bei einem Neueinbau zehn Prozent des Gesamtenergiebedarfs aus Erneuerbaren kommen müsse. Was den Linken viel zu wenig sei, habe aber eine grosse Wirkung, das sehe man dort, wo eine derartige Regelung bereits bestehe. Mit einer Reihe von Prüfungsanträgen überwies der Grosse Rat das Gesetz schliesslich mit 79 zu 54 Stimmen.

## Mordanklage nach qualvollem Tod der Ehefrau

Im September 2022 starb in Bergdietikon eine 41-Jährige. Nun muss sich ihr Mann vor Gericht verantworten.

Alessandro Crippa

Bei der Kantonspolizei ging am Morgen des 25. September 2022 ein Notruf ein. Am Telefon war ein Mann, der mitteilte, dass sich seine Ehefrau im Badezimmer eingeschlossen habe und nicht auf Zurufe reagiere.

Vor Ort konnten die Rettungskräfte die Tür problemlos mittels Fusstritten aufbrechen, bei der 41-jährigen Ehefrau allerdings nur noch den Tod feststellen. Für die Einsatzkräfte deutete die angetroffene Situation zu Beginn noch auf einen Suizid hin, wie die Staatsanwaltschaft des Kantons Aargau am Dienstag schreibt.

Allerdings hätten sich bei den eingeleiteten Ermittlungen Unklarheiten ergeben. So wiesen das Spurenbild und vor allem die Untersuchung des rechtsmedizinischen Instituts

auf eine Fremdeinwirkung hin. Die Ermittler konnten massive Staublutungen im Kopfbereich feststellen. Diese mussten demnach von einer Gewaltausübung auf den Halsbereich stammen. Die 41-Jährige, eine bekannte Kosovo-Albanerin, wurde also erwürgt.

Das Tötungsdelikt hat in der albanischen Diaspora für grosses Aufsehen gesorgt. An der HSG in St. Gallen war sie Lehrbeauftragte im Bereich Auditing sowie Handlungskompetenz. Der Ehemann ist ein albanischstämmiger Mazedonier, der vor über zwanzig Jahren in der Schweiz eingebürgert wurde.

Der Ehemann wurde einen Tag nach dem Ereignis unter dringendem Tatverdacht verhaftet. Er gibt zu, für den Tod seiner Frau verantwortlich zu sein. Dies wurde bereits im Juni dieses Jahres bekannt.

Nach Abschluss der Untersuchung geht die Staatsanwaltschaft davon aus, dass der Tötung des Opfers ein Streit des Ehepaares vorausgegangen sein musste. Aufgrund der vorliegenden Beweislage bewertet sie die Vorgehensweise des Beschuldigten bei der Tat als besonders skrupellos, für das Opfer qualvoll und die im Raum stehenden Hintergründe als egoistisch. Zusammenfassend wird dem Beschuldigten daher Mord vorgeworfen. Zunächst hatte die Staatsanwaltschaft Baden noch wegen vorsätzlicher Tötung ermittelt.

Für den Tatbestand des Mordes beantragt die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von 18 Jahren, wie sie mitteilt. Die Anklage ist am Bezirksgericht Baden hängig. Bis zur rechtskräftigen Verurteilung gilt die Unschuldsvermutung für den Beschuldigten.

## «Junge Lenker kommen viel zu einfach an solche Boliden ran»

Gabriela Suter (SP) und Rémy Wyssmann (SVP) sind sich im «TalkTäglich» uneinig.

Adrian Kamber

Wer kürzlich einen Blick auf die Blaulicht-Meldungen im Kanton Aargau geworfen hat, wird festgestellt haben: Gleich mehrfach kam es in den vergangenen Wochen zu teils heftigen Unfällen mit PS-starken Sportboliden. Am 7. November zerlegte ein 20-Jähriger auf dem Autobahnzubringer bei Buchs einen BMW M5. Ein paar Tage später legte ein 19-Jähriger bei der Autobahneinfahrt Aarau West einen Porsche aufs Dach.

Für besonders viel Aufsehen sorgte ein 20-jähriger Junglenker, der in Lenzburg auf der A1 mit einem 570 PS starken McLaren in die Tunnelwand knallte, als er die Kontrolle über den Mietwagen verlor. Der Lenker blieb zwar unverletzt, der McLaren erlitt jedoch einen Totalschaden. Der 20-Jährige musste seinen Fahrausweis auf Probe vor Ort abgeben.

Für die Aargauer SP-Nationalrätin Gabriela Suter ist diese Situation nicht mehr länger tolerierbar. Im Dezember will sie in Bern darum einen Vorstoss einreichen. Ihr Ziel: Junglenker sollen künftig zusätzliche Fahrstunden oder gar eine zweite Fahrprüfung absolvieren müssen, wenn sie solche Sportwagen fahren wollen.

### «Das benötigt nur noch mehr Bürokratie»

In der aktuellen Ausgabe von «TalkTäglich» gibt sie dazu ein Beispiel aus dem australischen Bundesstaat Südastralien. Dort werde nächstes Jahr eine neue Regelung eingeführt. «Junglenker müssen dort für Autos ab einer genau definierten Leistungsstärke neuerdings Online-Lektionen besuchen, wo sie den



Gabriela Suter. Bild: Valentin Hehli



Rémy Wyssmann. Bild: B. Kissling

Umgang mit solchen Autos lernen», so Suter.

Relativ wenig von einer neuen gesetzlichen Regelung, wie sie Suter vorschwebt, hält der neu gewählte SVP-Nationalrat Rémy Wyssmann (SO). Zu Suters Beispiel sagt er: «Australien kann man nicht mit der Schweiz vergleichen, wir haben hier eine viel höhere Verkehrsdichte.»

Zwar findet Wyssmann die Zielsetzung gut, möglichst viele Unfälle zu verhindern. Aber: «Der Weg dorthin ist der falsche. Das dauert zu lange und benötigt nur noch mehr Bürokratie und noch mehr Prüfungen.» Stattdessen sollten die Sportwagen-

vermieter genauer hinschauen und unerfahrenen Junglenkern keine derart leistungsstarken Autos mehr aushändigen.

Auf die Nachfrage von Moderator Adrian Remund, ob Wyssmann denn eine schnellere Lösung habe, sagt er: «Sofort greifen würde es, wenn die Versicherungen den Sportwagenvermietern klarmachen, dass sie die Prämien deutlich erhöhen würden, wenn die Vermieter nicht genauer hinschauen.» Oder dass sie sogar Regress auf die Versicherer nehmen, wenn diese grobfahrlässig Autos an ungeeignete Fahrer vergeben. Wyssmann weiter: «Das wäre extrem schnell, extrem wirkungsvoll und extrem abschreckend.»

Die SP-Frau bleibt aber dabei, dass eine gesetzliche Lösung die bessere sei: «Mir geht es nicht darum, Leute zu bestrafen, sondern die Sicherheit auf den Strassen zu erhöhen.» Die unerfahrenen Junglenker würden mit ihrem Verhalten schliesslich nicht nur sich selbst, sondern auch Mitfahrende und andere Verkehrsteilnehmer gefährden. Zudem sei es «hochgefährlich», dass man mit einem simplen Knopfdruck wichtige Assistenzsysteme wie die Traktionskontrolle ausschalten könne.

Was die Assistenzsysteme betrifft, sieht Wyssmann die Verantwortung ebenfalls wieder bei den Vermietern: In den USA ist es teilweise so, dass man vor der Miete eine Probefahrt mit dem Vermieter zusammen machen muss. So kann der dann einschätzen, ob man das Auto im Griff hat oder nicht.

Einig sind sich Suter und Wyssmann schliesslich immerhin in einem Punkt: dass es zu viele Unfälle gibt.